



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: VII/2020/00876
Datum: 29.01.2020
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.01.2020 26.02.2020	öffentlich Entscheidung
Jugendhilfeausschuss	07.05.2020	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	14.05.2020	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	20.05.2020	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.05.2020	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Freien Demokraten (FDP) zu Kindern ohne Schulspeisung (VII/2020/00805)

Beschlussvorschlag:

In unseren Schulen in Halle gibt es Kinder die nicht an der Schulspeisung teilnehmen, obwohl sie bzw. die Eltern ein Anrecht auf Kostenerstattung durch das Bildungs- und Teilhabepaket hätten. Es mangelt am Stellen der Anträge durch die Eltern.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt **wirkt darauf hin**, die Schulsozialarbeiter dazu zu verpflichten **dazu anzuhalten**, dass sie diese Kinder ausfindig machen und deren Eltern **zu Beginn des Schuljahres auf den Elternversammlungen die Teilhabemöglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepaketes erläutern** zu ihren Rechten in Bezug auf die Kostenerstattung durch das Bildungs- und Teilhabepaket aufzuklären und ihnen **den Eltern**

beim Ausfüllen der Anträge helfen. In Schulen, in denen keine Sozialarbeiter vorhanden sind, **werden nach Möglichkeit von den kommunalen Trägern der Schulsozialarbeit entsprechende Maßnahmen durchgeführt. Um sicherzustellen, dass nicht manche Eltern bei der Infoveranstaltung aus Scham auf die Entgegennahme verzichten, werden die Antragsformulare und Informationsmaterialien allen Kindern am nächsten Tag mitgegeben.** müssen die Schulsekretäre dazu verpflichtet werden. Die Stadtverwaltung informiert den Stadtrat vierteljährlich über die ermittelten Fallzahlen.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

erfolgt mündlich



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

18.02.2020

Sitzung des Stadtrates am 26.02.2020
Änderungsantrag der AfD Stadtratsfraktion zum Antrag der Freien Demokraten (FDP)
zu Kindern ohne Schulspeisung (VII/2020/00805)
Vorlagen-Nummer: VII/2020/00876
TOP: 7.1.3.2

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Mit der Einführung des Starke-Familien-Gesetzes zum 01.08.2019 ist die gesonderte Antragstellung - Mittagessen an Schulen - entfallen. Damit ist ein Einwirken seitens der Schulsozialarbeiter/innen, wie im Änderungsantrag formuliert, nicht gegeben. Beratungen und Informationen zu den Möglichkeiten der Angebote im Rahmen von Bildung und Teilhabe gegenüber den Eltern erfolgen regelmäßig.

Die Entwicklung der Inanspruchnahme der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erfolgt seit Einführung quartalsweise im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Katharina Brederlow
Beigeordnete